LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
11. Wahlperiode

Drucksache 11/659
16. 12. 1987

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Bereinigung der Landesverfassung mit dem Ziel der Vorbereitung der Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer

Die Landesregierung wird aufgefordert, der „Kommission zur Bereinigung der Landesverfassung" den Auftrag zu erteilen, im Zuge ihrer Arbeit die Landesverfassung auch dahingehend zu bereinigen, daß der Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer verfassungsrechtlich nichts mehr im Wege steht.

Begründung:

1. Die 14. Plenardebatte am 10. Dezember 1987 hat gezeigt, daß die Mehrheit der im Landtag vertretenen Parteien zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer zusätzlich zu der Änderung des Kommunalwahlrechts durch einfaches Gesetz eine Verfassungsänderung für notwendig erachtet.

2. Das Europa-Parlament hat auf seiner letzten Sitzung die EG-Kommission „mit Nachdruck und in aller Dringlichkeit" aufgefordert, einen Richtlinienentwurf zur Einführung des Kommunalwahlrechts in den EG-Ländern auch für Ausländer aus Drittländern zu erarbeiten.

Für die Fraktion:
Prof. Dr. Rotter

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 22. Dezember 1987